



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 17. Juni 1879.

Nr. 276.

Deutscher Reichstag.

60. Plenar-Sitzung vom 16. Juni.

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Anwesend noch nicht 60 Mitglieder. Das Haus genehmigt zunächst einige Urlaubsbesuche.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung des zwischen dem deutschen Reich und den Samoa-Inseln abgeschlossenen Freundschaftsvertrages.

Abg. Prinz Radziwill hält es für die Aufgabe des Reichstages, nicht bloß den deutschen Handel in Schutz zu nehmen, sondern auch zugleich darüber zu wachen, daß die eingeborenen Arbeiter von den deutschen Plantagenbesitzern menschlich behandelt werden. Das dieselben die Eingeborenen, wie es in dem Berichte des Konsuls Weber heißt, unbewußt einer Civilisation entgegenführen, genüge ihm nicht, man müsse Garantien fordern, daß der Missionsthätigkeit nicht Hemmnisse bereitet werden. Aus einer Stelle des erwähnten Berichtes gehe sogar hervor, daß eine gewisse Antipathie gegen die christlichen Missionare dort vorzuherrschen scheint. Wieder verbreitet sich des Weiteren über die Thätigkeit katholischer Missionare auf den Südseeinseln, die gegenseitigen Interessen der Missions-Interessen entgegenstehen. Wenn die Regierung die Missionare auf Samoa unterstützen und namentlich den Frieden mit der katholischen Kirche herstellen würde, dann würde die Regierung in Bezug auf die Civilisation bessere Resultate erzielen, als durch die Unterstützung Handelsinteressen. Im Uebrigen spricht der Redner seine Genugthuung über die vorgelegte Denkschrift aus, die seine Erwartungen übertrifft habe.
Geh. Rath v. Kufjerow erwidert, daß eine große Zahl Missionare auf den Südseeinseln selbst Kaufleute und Pflanzler sind; von entgegenstehenden Interessen könne also kaum die Rede sein. Im Uebrigen unterstütze die Regierung gern die civilisatorischen Bestrebungen.
Die Generaldiskussion wird geschlossen.
Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Löwe, welcher der Regierung anheim giebt, den Kulihandel in der Südsee zu überwachen, wird der Vertrag in seinen einzelnen Bestimmungen endgültig genehmigt.

II. Erste und zweite Berathung des Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushaltetats für das Etatsjahr 1878-79 u.
Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

III. Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

Die Berathung beginnt bei Position 13. Holz und andere vegetabilische und animalische Schnitzstoffe, sowie Waaren daraus; lit. b. Holzbock und Gerberlohe pro 100 Kgm. 0,50 M.
Hierzu beantragen:

1) Abg. v. Bülow-Dehringen: Die Verweisung der Position an die Tariffommission.
2) die Abg. Beaujon: Den Lit. b. folgt zu fassen: a. Holzbock 0,50 M., Gerberlohe frei.

3) Abg. Dr. Jäger (Neuß) zu beschließen: Eichenlohe, Fichtenrinde und Fichtenbarkenlohe ist frei.

4) Abg. Windthorst und Gen. als Anträge zu 13b hinzuzufügen: "Gerberlohe bei dem Eingange über die Grenzstreife von Herbsthal bis Ulftingen frei.

Reg.-Kommissar, Oberforstmeister Dankelmann verteidigt den vorgeschlagenen Zollfuß von 0,50 Pfennigen, indem er ausführt, daß die massenhafte Einfuhr fremder Holzbock und Gerberlohe der heimischen Produkte. Die Einfuhr dieses Holzes in Gemeinschaft mit dem Bergtheil der Borthelle der Differentialtarife werde dahin führen, daß deutsche Bocke nicht unverkauft bleibt. Die Landesproduktion werde dadurch nur in ganz geringem Maße vertheuert und daß unsere Gerber diesen geringen Zoll zu tragen im Stande seien, gebe u. A. auch daraus hervor, daß die deutschen Gerber sich in einer Resolution mit einem Beschlusse erklärt haben. Der Kommissar erklärt sich gegen sämtliche Anträge, behält sich jedoch weitere Erklärungen bis nach Begründung derselben vor.
Der Antrag Bülow-Dehringen auf Verweisung der Position an die Tariffommission wird abgelehnt und in die Berathung der vorliegenden Anträge in Verbindung mit der Regierungs-Vorlage eingetretten.
Abg. Dechelhäuser erklärt sich gegen den Zoll auf Gerberlohe u., die als ein Hilfsstoff zur Lederfabrikation zu betrachten sei. Lohe und Bocke stehen in demselben Verhältniß zur Lederproduktion, wie die Kohle zur Eisenproduktion; ebensowenig wie man diese letztere mit einem Zoll belaste, dürfe man es bei der ersteren thun. Wenn man die Bocke mit einem Zoll belaste, so nehme man die Noth von der einen Seite fort und lege sie auf die andere Seite. Es sei das keine ausgleichende Gerechtigkeit; die Ursache des Preisrückganges liege übrigens auch nicht in der vermehrten Einfuhr, sondern in dem Darniederliegen der gesammten Lederindustrie.
Abg. v. Kardorff: Für ihn sei in dieser Frage das Landeskulturgesetz entscheidend. Die Lage der Besitzer unserer Schälwaldungen sei eine solche, daß man nach vielen ihm zugegangenen Zuschriften aus Süddeutschland und vom Rhein lebhaft daran denke, diese Waldungen ganz eingehen zu lassen und sich lieber mit Getreidebau zu beschäftigen. Den einzigen Einwand, den er gegen den Zoll habe, sei der, daß er zu niedrig bemessen ist.
Abg. Franzen verteidigt den Antrag Windthorst und Beaujon auf zollfreie Einfuhr von Gerberlohe bei dem Eingange über die Grenzstreife von Herbsthal bis Ulftingen. Für den Kreis Malmedy sei es schwierig, die Gerberlohe aus Deutschland zu beziehen, im Kreise selbst werde aber nur 6 Prozent Lohe produziert, 94 Prozent müßten aus Frankreich und Belgien geholt werden. Wie groß der Bedarf des Kreises Malmedy ist, gehe daraus hervor, daß circa 1500 Waggonladungen eingeführt werden; die dafür zu entrichtende Steuer würde nach diesem Tarife 37,500 Mark betragen, was doch eine zu große Belastung für diese Industrie sei.
Die Diskussion wird geschlossen.
Zunächst wird der Antrag Jäger und ebenso der Antrag Windthorst abgelehnt; die Abstimmung über die Tarifposition ist eine namentliche. Es stimmen 140 für und 86 Abgeordnete gegen dieselbe; diese Position ist also genehmigt und damit der Antrag Beaujon beseitigt.
Es folgt Lit. d) grobe, rohe, ungefarbte Böttcher-, Drechler-, Tischler- und bloß gehobelte Holzwaaren und Wagenarbeiten, mit Ausnahme der Möbel von Hartholz und der furnirten Möbel; grobe Korbflechterwaaren, weder gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt noch gefirnirt; Hornplatten und rohe, bloß geschnittene Knochenplatten; Strohrohr, gebeiztes oder gespaltenes 100 Kilo 3 M.
Die Position wird nach einer formellen Debatte unverändert genehmigt.
Lit. e) lautet: Holz in geschnittenen Fournieren, ungebeizte Parquetbodentheile 4 M.
Abg. Frhr. v. Mirbach empfiehlt die Erhöhung des Zollfußes auf 6 M.
Der Antrag v. Mirbach wird mit 105 gegen 102 Stimmen angenommen, ein von Möring eingebrachter Antrag dagegen abgelehnt.
Lit. f) lautet: "Hölzerne Möbel und Möbelbestandtheile, nicht unter d und g begriffen, auch in einzelnen Theilen in Verbindung mit unedlen Metallen, lothbarem Leder, Glas, Steinen (mit Ausnahme der Edel- und Halbedelsteine), Steingut, Fayence oder Porzellan; andere Tischler-, Drechler- und Böttchewaaren, Wagner-Arbeiten und grobe Korbflechterwaaren, welche gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt, gefirnirt oder auch in einzelnen Theilen mit den vorgenannten Materialien verarbeitet sind; verleimte, auch furnirte Parquetbodentheile, uneingelenkt: grobe Korfwaaren; grobes ungefarbtes Spielzeug; Fischbein in Stäben 100 Kilogr. 10 M.
Abg. v. Schalscha befürwortet einen Antrag, der dahin geht, eine neue Position zuzusetzen, die folgendermaßen lautet: Korbeiden, welche geschält und zur Fabrikation durch Spalten und Hobeln fertiggestellt sind, pro 100 Kil. 9 M.
Geh. Rath Dr. Mayer bittet um Ablehnung des Antrages.
Abg. Graf v. Gahlen empfiehlt in der Lit. f) hinter den Worten "grobe Korfwaaren" zur näheren Bezeichnung in Klammern hinzuzufügen: "Streifen, Würfel und Rindenspunde".
Abg. Adermann spricht für Erhöhung des im Tarif vorgeschlagenen Zollfußes von 10 auf 15 Mark, da der Zollfuß von 10 Mark der Möbelschlerei nur wenig Nutzen schaffe.
Bei der Abstimmung werden die sämtlichen Anträge abgelehnt und Lit. f) unverändert nach der Vorlage genehmigt.
Dann wird die Sitzung vertagt.
Schluß 4 1/4 Uhr.
Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.
Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Tarifberathung.

Deutschland.

** Berlin, 16. Juni. Die Mittheilung der "Nat.-Ztg.", daß das Reiseprogramm des Kaisers unsicher geworden sei, ist in allen Beziehungen irrtümlich. Weder ist die Abreise des Kaisers in's Ausland verschoben, noch ist das Ziel der Reise unbestimmt. Schon vor dem Unfall am 2. Pfingstfeiertage war der 17. oder 18. Juni für die Abreise in Aussicht genommen, da die Taufe des Urtekels am 15., die Abreise der großherzoglich badischen Herrschaften am 16. erfolgen sollte. Dabei wird es auch bleiben, denn der Kaiser wird in den nächsten Tagen, wahrscheinlich am 18. reisen und zwar, wie gleichfalls seit längerer Zeit bestimmt ist, nach Emde. Ein Hinabschieben der Entschliesung bis Ende des Monats ist nicht notwendig.

Die Nachricht von der Erhebung des Ministers von Schlieff in den Grafenstand bestätigt sich nicht. Es erliegen sich damit auch die politischen Illustrationen, welche eine hiesige Korrespondenz davon geknüpft hat. Uebrigens wird Herr von Schlieff selber, der kinderlos und nicht begütert ist, schwerlich eine Standes-Erhöhung gewünscht haben.

Von der politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen, welche im Auftrage der Akademie der Wissenschaften von Droysen, Duncker und Sybel herausgegeben wird und deren erster Band allseitig lebhaftes Interesse hervorrief, ist jedoch der zweite Band erschienen, welcher bis Ende des Jahres 1743 führt.

Nach der amtlichen Aufstellung der Bewegung der Schiffe der deutschen Marine in der ersten Hälfte des Monats Juni befand sich Kanonenboot "Albatros" in Ausland, "Ariadne" auf den Tongainfeln, "Bismarck" auf der Reise von Balparaiso nach Apia, "Komet" in Bujalvere, "Cyklop" und "Trepas" in Hongkong, "Gansa" auf der Reise nach Balparaiso, "Leipzig" und "Luise" auf dem Wege nach Hongkong, "Nymphe" in Norfolk, "Pommernia" auf dem Wege nach Athen, "Prinz Adalbert" vor Busubama, "Wolf" in See nach den anamitischen Häfen.

Im Laufe des Juni sind bereits 27 neue Telegraphen-Anstalten, darunter 16 mit Fernsprechern, eröffnet worden.

Nach den Accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom über die Einfuhr der hauptsächlichsten englischen und irischen Fabrikate und Rohzeugnisse nach Deutschland in den 4 ersten Monaten dieses Jahres, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, zeigte sich eine Mehreinfuhr bei Eisen, roh, Guß- und Schmiedeeisen, bei Maschinen, Kohlen und Koks, Zuegar und seidenen Tüchern, eine zum Theil recht beträchtliche Mindereinfuhr bei Kupfer, Eisenbahnschienen, Baumwollengarn, Baumwollwaaren und wollenen Tüchern.
Der Eintritt Perus in den Weltpostverein hat sich nunmehr vollzogen. Es kommen daher für Briefsendungen dorthin und von dort die Vereinsportoätze in Anwendung.
Eine größere Frechheit und Unwahrheit hat die "Bosjische Zeitung", in deren Spalten es doch an solchen Leistungen nicht fehlt, bisher wohl kaum gewagt, als in dem Artikel der Sonntagsnummer, worin sie auf die Gnadenrelaxe und deren angebliche Erhöhung durch die offiziöse Presse zu sprechen kommt. Das Blatt rühmt sich, das Herz des Kaisers gegen die Verleumdungen der Offiziösen vertheidigt zu haben. Diese seien attrapirt worden, wie sie in Anschluß an Aeußerungen des Kanzlers die Hoffnung auf kaiserliche Gnadenakte mit brutalem Eynismus niederschlugen. — Wer den Gang der Angelegenheit, seitdem sie überhaupt öffentlich zur Sprache gekommen, rückblickend verfolgen will,

wird sich überzeugen, daß seitens der offiziellen Mittheilungen Schritt vor Schritt über den Stand der Dinge vollkommen berichtet worden ist. Anfangs Mai fingen fortschrittliche Blätter an, von einer "Amnestie" zu sprechen. Offiziöserseits wurde dagegen erklärt, es handle sich um einzelne Begnadigungen und Strafmilderungen, nicht um eine Amnestie. In der neuesten "Prov.-Korr." ist genau diesem entsprechend konstatiert worden, daß der Monarch beim Herannahen des Festes die Absicht zu erkennen gegeben habe, "am Tage der goldenen Hochzeit zahlreiche Begnadigungen eintreten zu lassen, allerdings nicht eine Amnestie in dem Sinne, d. h. nicht eine allgemeine Begnadigung ganzer Kategorien und Gattungen von Verbrechern." Damals bei der ersten Kundgebung Sr. Majestät war von politischen Verbrechern, von Majestäts-Beleidigungen noch nicht die Rede, und mit vollem Rechte wurde daher von offiziöser Seite eine solche Annahme als unbegründet bezeichnet. Die "Prov.-Korr." deutet dann weiter an, daß erst vor Kurzem und zwar auf Grund von bestimmten Begnadigungs-Gesuchen seitens Solcher, die wegen Majestäts-Beleidigung verurtheilt waren, der Kaiser seine Geneigtheit zu erkennen gegeben, die Begnadigungen auch auf diese Verbrecher auszuweiten. Von offiziöser Seite wurde sofort von dieser veränderten Sachlage Kenntniß gegeben und bemerkt, daß diese Erweiterung der allerhöchsten Absicht unmittelbar vor dem Pfingstfest eingetreten sei. Wenn die offiziellen Kundgebungen so den Gang der Angelegenheit, wie sie sich allmählig entwickelt hat, in jedem Stadium richtig bezeichnet haben, so waren sie eben so in vollem Rechte mit der Behauptung, daß über den Charakter und die Ausdehnung der Gnadenakte niemals weder Erörterungen noch Meinungs-Verschiedenheiten innerhalb der Regierung stattgefunden haben, daß vielmehr die Absichten Sr. Majestät von Seiten der betreffenden Minister lediglich ausgeführt worden sind. Eine eigentliche politische Amnestie ist niemals in Frage gekommen; es lag für das Staatsministerium niemals der Anlaß vor, eine solche anzuregen. Die "Frankf. Ztg.", welche trotz ihrer systematischen Opposition gegen den politischen Gesamtzustand des Reiches und im Besonderen gegen den preussischen Staat zehnmal klüger und zehnmal anständiger ist, als die "Bosjische Zeitung", giebt über den Unterschied zwischen einer politischen Amnestie und einer selbst großen Anzahl von Begnadigungs- Akten eine höchst zutreffende Ausföhrung, ebenso über die Umstände, welche einer Amnestie zur Zeit entgegenstehen mußten. Der "Bosjischen Zeitung" ist das Studium dieses Artikels zu empfehlen, wobei sie zugleich die Genugthuung haben wird, zu entdecken, daß die hässlicher Freisinnigkeit kein Blatt, am wenigsten die "Frankf. Zeitung" mit der "königlich privilegierten Berlinischen Zeitung für Staats- und Gelehrtenleser", im Verlage der Bosjischen Erben, es aufnehmen kann.

Nach einer im Generalpostamt aufgestellten Nachweisung über die Wirksamkeit der für die Angehörigen der Reichs-Post- und Telegraphen-Berwaltung bestehenden Wohltätigkeits-Anstalten während des Rechnungsjahres 1878-79, resp. für das Kalenderjahr 1878 betrug die Einnahme für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung 37,612,26 M., die Ausgabe derselben 35,357,15 M. Es wurden aus dieser Stiftung Reisependien an 7 Beamte im Betrage von 2400 M. gezahlt, an Unterstützungen 12,798,50 M. Das Vermögen der Stiftung betrug 407,900 M. Das Vermögen der Post-Armen-Unterstützungskasse betrug Ende März d. J. 923,142,76 M., ferner in Sicherheitsdokumenten für 16 gefürstete Freistellen in Waisenanstalten 125,400 M.; die laufenden Einnahmen 526,604,44 M. Hiervon wurden gezahlt an Unterstützungen, Belohnungen, sowie Erziehungsgeldern und Aufgehalten 499,685,67 M.
— Die Fraktion des Centrums hielt am Sonntag, Mittags 12 1/2 Uhr, eine Sitzung ab, in der über die Stellung zu den Finanzzöllen und konstitutionellen Garantien Beschluß gefaßt werden sollte. Das Centrum ist sehr beunruhigt, seitdem dasselbe in Erfahrung gebracht, daß fast zwei Drittel der Nationalliberalen für die Finanzzölle stimmen werden. — Ueber die Finanzzölle haben in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und hervorgetretenen Mitgliedern des Reichstages stattgefunden, zu denen Niemand vom Centrum zugezogen war. Die parlamentarischen Sonnabend-Stimmen des Reichskanzlers, auf welchen

